

Anno ... 51. Woche

1944, 16. Dezember: Beginn der Ardennenoffensive der Hitlerwehrmacht. Mit dem verzweifelten Vorstoß versucht die Wehrmachtsführung, eine Wende im Kriegsverlauf zu erreichen und die Westmächte, wenn möglich, zu separaten Vereinbarungen über eine Beendigung des Krieges im Westen zu bewegen. Nach dem deutschen Frontdurchbruch geraten alliierte Verbände in eine schwierige Lage, weshalb der britische Staatschef Winston Churchill die Regierung der UdSSR bittet, den Termin für die geplante neue Offensive der Roten Armee an der Ostfront vorzuverlegen. Die Sowjetarmee beginnt ihre Angriffe am 12.1.1945 auf einer Breite von 1200 Kilometern von der Ostsee bis zu den Karpaten. Daraufhin ist die deutsche Führung gezwungen, die Ardennenoffensive abubrechen (26./27.12.) und Truppen von der Westfront nach Osten zu verlegen.

1954, 15./16. Dezember: Erste Lesung zur Ratifizierung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag. Das Vertragswerk soll das Besatzungsstatut für Westdeutschland ablösen und dem Land die Souveränität verleihen. Ein Antrag der SPD-Fraktion, die Ratifizierung bis zum Abschluß von Verhandlungen zwischen Westmächten und UdSSR über die Wiedervereinigung auszusetzen, wird abgelehnt.

1959, 18. Dezember: In Moskau wird das Abkommen über den Bau der Erdölleitung »Freundschaft« zwischen Vertretern der UdSSR, der VR Polen und der DDR unterzeichnet.

1969, 17. Dezember: Die Unidad Popular (UP) wird in Chile gegründet, das »Grundsatzprogramm einer Regierung der Volkseinheit« durch sechs Linksparteien verabschiedet: Sozialisten, Radikale, Sozialdemokraten, Bewegung der einheitlichen Volksaktion und Unabhängige Volksaktion. Am 26.12. unterzeichnen die Generalsekretäre der sechs Parteien einen »Pakt der Volkseinheit«, einigen sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten, Salvador Allende. Dieser geht aus den Wahlen vom 4.9.1970 als Sieger hervor.

1969, 17. Dezember: Walter Ulbricht übermittelt als DDR-Staatsratsvorsitzender an Bundespräsident Gustav Heinemann den Entwurf eines Vertrags über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Heinemann begrüßt in einem Antwortschreiben vom 20.12. die Verhandlungsbereitschaft, verweist aber zugleich auf die Zuständigkeit der Bundesregierung.

1989, 16./17. Dezember: Zweiter Teil des Sonderparteitags der SED. Beschlossen werden die Hinzufügung »Partei des demokratischen Sozialismus« zum Namen, die Unterstützung des Aufrufs »Für die DDR – für einen demokratischen Sozialismus«, ein neues vorläufiges Parteistatut sowie die Wahl eines 101köpfigen Vorstands.

<https://www.jungewelt.de/artikel/136156.anno-51-woche.html>